

# Rückfluss von Sozialtransfers nach Westdeutschland



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat als Ansatzpunkt für die Berechnung der Kosten den ostdeutschen Außenhandelsaldo gewählt. Die Forscher haben also untersucht, wie groß die Lücke ist zwischen der selbsterbrachten Wirtschaftsleistung und den verbrauchten Gütern. Im Osten der Republik war dieser Saldo seit der Wiedervereinigung stets negativ, das heißt, es wurden mehr Güter eingeführt, als im selben Zeitraum abgesetzt wurden. Dieses Minus wurde durch Transferzahlungen aus dem Westen ausgeglichen. Nach Angaben des DIW betragen diese Transferzahlungen für den Zeitraum seit der Wiedervereinigung zusammengekommen 1,5 Billionen Euro. Allerdings sagen die Forscher, dass dieser Betrag für sich genommen nicht zeigt, wie viel der Beitritt der DDR zur BRD die öffentliche Hand oder die Steuerzahler „gekostet“ hat. „Ich würde das nicht als Vereinigungskosten bezeichnen“, schreibt DIW-Forscher Karl Brenke, „auch weil es sich um einen Bruttobetrag handelt. Abzuziehen wären etwa die Aufwendungen für das frühere West-Berlin oder die verminderten Rüstungsausgaben, die sich aufgrund der Vereinigung bzw. der Ost-West-Entspannung ergeben.“ Außerdem bilde die Zahl 1,5 Billionen Euro nicht den ökonomischen Rückfluss der in den Osten geflossenen Transfers ab – Empfänger von Sozialleistungen im Osten geben ihr Geld mitunter für Waren aus, die im Westen produziert wurden, und sorgen damit wiederum für Einnahmen, die an dortige Unternehmen gehen und über deren Steuern schließlich der öffentlichen Hand zugute kommen.